

Rettung und kein Land in Sicht

Der Umgang von Matteo Salvini mit Bootsflüchtlingen im Mittelmeer und Seenotrettern wirft viele Fragen auf

Von Dominik Straub (Rom)

Fragen und Antworten zu Matteo Salvinis Umgang mit Flüchtlingen und Seenotrettern im Mittelmeer und den damit verbundenen, rechtlich höchst umstrittenen Maßnahmen der italienischen Regierung, wie zum Beispiel die Schließung von Häfen.

Müssten die Geretteten nach Libyen oder Tunesien gebracht werden?

Bei Seenotrettungen gilt der Grundsatz, dass die geretteten Personen in den am nächsten gelegenen sicheren Hafen gebracht werden müssen, und das unverzüglich. Zumindest die Bootsflüchtlinge auf der „zentralen Mittelmeer-Route“ geraten mit ihren kaum seetüchtigen Gummibooten meist schon in libyschen Hoheitsgewässern oder spätestens in der libyschen Search-and-Rescue-Zone (SAR) in Seenot und werden auch dort gerettet. In den meisten Fällen wären deshalb libysche Häfen die nächstgelegenen; manchmal wäre auch ein tunesischer Hafen am schnellsten zu erreichen.

Das Problem ist bloß, dass die libyschen Häfen nicht sicher sind: Das Land befindet sich mitten in einem Bürgerkrieg; lokale Milizen und Schlepperbanden unterhalten in Küstennähe Foltergefängnisse, in denen die Migranten unmenschlichen Torturen ausgesetzt sind.

Italiens Innenminister Matteo Salvini ist zwar zynisch genug, um Libyen als sicher zu preisen – aber er wurde letzte Woche im Zusammenhang mit dem Tauziehen um die „Sea Watch 3“ von Carola Rackette von seinem eigenen Außenminister Enzo Moavero Milanesi dementiert: Moavero bezeichnete die ehemalige italienische Kolonie ausdrücklich als unsicher. Damit liegt er auf einer Linie mit der EU und dem UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR.

Schiffbrüchige müssen immer gerettet werden – das schreibt nicht nur das Seerecht und das Strafrecht vor.

Etwas anders liegen die Dinge in Tunesien. Das Land hat eine leidlich funktionierende Demokratie und gilt als sicherer Herkunftstaat. Tatsächlich haben mehrere europäische Länder mit Tunesien Rückübernahmeabkommen abgeschlossen, darunter auch Italien. Dennoch sind die tunesischen Häfen für die privaten Rettungsschiffe keine Option: Die Regierung in Tunis untersagt das Anlanden von Rettungsschiffen genauso wie Italien und Malta. Der Maghreb-Staat will unter allen Umständen vermeiden, ein Transitland für Flüchtlinge zu werden und hat es deswegen auch abgelehnt, auf seinem Territorium Flüchtlingszentren des UNHCR errichten zu lassen, in denen die



Bild oben: Flüchtlinge in einem Lager in Tripolis, Libyen. Viele werden misshandelt, von Milizen als Sklaven verkauft. Bild unten: Migranten auf deutschem Rettungsschiff „Alan Kurdi“. Fotos: Gaston Carré/AFP

Migranten außerhalb der EU-Grenzen ihre Asylanträge für Europa zu stellen.

Bricht Seerecht (Rettung) nationales Recht (Einreise)?

Schiffbrüchige müssen immer gerettet werden – das schreibt nicht nur das Seerecht und das Strafrecht vor (wer zusieht, wie jemand ertrinkt, macht sich wegen unterlassener Hilfeleistung strafbar), sondern es ist auch schlicht und einfach ein Gebot der Menschlichkeit. Nicht einmal Salvini verneint dies – er bestreitet bloß, dass die geretteten Menschen anschließend nach Italien gebracht werden müssten. Doch seine Versicherung, nicht gegen die Rettung als solche zu sein, ist scheinheilig. Denn gleichzeitig kriminalisiert der Innenminister

die privaten Seenotretter als „Kopplizen der Schlepperbanden“. Und natürlich kriminalisiert er auch gleich noch die Geretteten, die er pauschal als potenzielle Verbrecher oder Terroristen verunglimpft.

Mit seiner Politik der geschlossenen Häfen setzt sich Salvini bewusst über den Grundsatz hinweg, wonach die Geretteten in den nächstgelegenen sicheren Hafen gebracht werden müssen. Doch die Frage, wohin die Geretteten gebracht werden sollen, ist juristisch kniffliger, als sie auf den ersten Blick erscheinen mag. Denn es spielt auch eine Rolle, unter welcher Nationalität ein Rettungsschiff fährt: Laut Seerecht gilt ein Schiff als Territorium des jeweiligen Flaggenstaats; die geretteten Flüchtlinge auf der „Alan Kurdi“

befinden sich gemäß Seerecht also auf deutschem Territorium. Aufgrund des Dublin-Abkommens, wonach das Ersteinreiseland zuständig für das Asylverfahren ist, wäre bezüglich der Migranten auf der „Alan Kurdi“ also Deutschland in der Pflicht. Genau das meinte Salvini, als er im Zusammenhang mit der „Sea Watch 3“ twitterte: „Holländisches Schiff, deutsche NGO – also die Hälfte der Migranten nach Amsterdam, die andere Hälfte nach Berlin.“

Ob im Zusammenhang mit der Rettung der Bootsflüchtlinge nun das Prinzip des „nächstgelegenen Hafens“ oder das Flaggenstaat-Prinzip und das Dublin-Abkommen Vorrang haben, ist umstritten. Die Juristen des italienischen Innenministeriums stellen sich auf den Standpunkt, dass die Politik der geschlossenen Häfen mit den von Italien unterzeichneten internationalen Verträgen und dem Seerecht kompatibel sei, zumal Italien niemandem die Rettung von Schiffbrüchigen untersage.

Hat Salvini nicht recht, wenn er eine verbindliche und schnelle Verteilung fordert?

Ja, da hat Salvini recht. Die Fluchtbewegungen und die Migration sind ein globales Problem, das global gelöst werden muss. Auf die EU bezogen bedeutet dies: Alles andere als ein Verteilungsschlüssel, der die Bevölkerungszahl und den Pro-Kopf-Wohlstand der einzelnen Mitgliedsländer berücksichtigt, ist mit dem Solidaritätsprinzip innerhalb der EU nicht vereinbar. Es kann nicht länger hingenommen werden, dass sich einzelne Länder – allen voran die Vi-

segred-Staaten – weigern, auch nur einen einzigen Flüchtling aufzunehmen, während sie weiterhin von den Milliardentransfers aus Brüssel profitieren.

Das Dublin-Abkommen sollte ursprünglich verhindern, dass abgewiesene Asylbewerber einfach ins nächste EU-Land weiter reisen, um dort noch einmal ein Gesuch zu stellen. Es handelte sich also um eine Norm, die den sogenannten „Asyltourismus“ unterbinden sollte. Für den Umgang mit den Bootsflüchtlingen aus Afrika und dem Nahen Osten ist der Vertrag völlig untauglich: Das Dublin-Abkommen führt auf arbiträre Weise dazu, dass die Mittelmeer-Anrainer den Zustrom alleine bewältigen müssen, nur weil sie am Mittelmeer liegen statt an der Nord- oder Ostsee.

Doch Salvini hat ein Glaubwürdigkeitsproblem: Im Wahlkampf für die Europawahlen, bei denen er sich als Anführer der europäischen Rechtsextremen aufspielte, hatte er noch hinausposaunt, dass die EU keinen Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge benötige: Wenn die Grenzen der EU dicht gemacht würden wie in Italien, dann gebe

Salvini hat ein Glaubwürdigkeitsproblem.

es relativ schnell auch keine Flüchtlinge mehr zu verteilen. Das war durchaus ernst gemeint: Salvini schwänzte nach seinem Amtsantritt vor einem Jahr demonstrativ sämtliche Treffen der EU-Innenminister, an denen die von seinen Vorgängern geforderte Revision des Dublin-Abkommens auf der Tagesordnung stand. Jetzt, wo sich die Politik der geschlossenen Häfen immer mehr als Illusion erweist, fordert Salvini plötzlich wieder das, was er vor wenigen Wochen noch ablehnte.

Warum kommt Europa Italien nicht entgegen? (Oder ist es schon?)

Das Gezeter Salvinis über den angeblichen Egoismus der europäischen Partner ist in der Tat nur zum Teil berechtigt: Die Zahl der Asylgesuche liegt beispielsweise in Deutschland und in Frankreich höher als in Italien. Bei der Zahl der ankommenden Bootsflüchtlinge hat Spanien im vergangenen Jahr Italien als wichtigstes Einreiseland abgelöst: Laut EU-Grenzschutz-Agentur Frontex sind in Spanien 57 000 Migranten (vor allem aus Marokko) angekommen, während sich die Zahl in Italien um 80 Prozent auf 23 000 reduzierte. In diesem Jahr hat sich die Zahl noch einmal verringert: Bis Ende Juni sind knapp 2 500 Bootsflüchtlinge in Italien gelandet.

Es trifft indessen zu, dass die europäischen Partner in früheren Jahren Italien – und auch Griechenland, Spanien und Malta – mit den Bootsflüchtlingen auf sträfliche Weise alleine gelassen hatte. 2016 waren in Italien 180 000 Flüchtlinge angekommen, ein Jahr später noch einmal 120 000. In diesen Jahren hatte es die EU nicht einmal zustande gebracht, die von Brüssel zugesagten 40 000 Flüchtlinge zu verteilen. Die mangelnde Solidarität Europas hat zahlreiche Italiener massiv enttäuscht – und empfänglich für Salvinis Anti-EU- und Anti-Migranten-Propaganda gemacht.

«Il faut fermer les camps»

Jean Asselborn, les migrants naufragés en Méditerranée et les détenus bombardés en Libye

Interview: Gaston Carré

Des migrants sont entassés dans les fosses où les jettent les milices mafieuses à l'œuvre en Libye, où la guerre civile par ailleurs les expose aux bombes de belligérants de plus en plus lourdement armés. Les malheureux qui parviennent à leur échapper s'exposent au risque d'un naufrage en Méditerranée, où leur sauvetage devient l'enjeu de querelles politiques pendant que les États membres de l'Union européenne s'entre-déchirent sur le sort qu'il convient de leur réserver. Un aspect de cette problématique ne réside-t-il pas dans le fait que l'Europe, en finançant l'action de «garde-côtes» au cœur du chaos en Libye, a elle-même contribué à la naissance de ces traquenards où les candidats à l'exil sont devenus à la fois victimes de marchands d'esclaves et cibles potentielles d'actions militaires? Après l'affaire «Sea Watch», après la mort de 44 personnes le 2 juillet dernier sous les bombes qui ont pulvérisé un «centre de détention» dans la banlieue de Tripoli, nous avons posé la question au ministre luxembourgeois des Affaires étrangères...



«On ne peut laisser les ONG seules face au problème», le ministre Jean Asselborn.

Photo: Getty Images

sion des demandeurs n'est pas justifiée, assurer leur retour au pays d'origine en toute dignité, en toute humanité, en coopération avec l'OIM [Organisation internationale pour les migrations] et l'UNHCR [Nations unies].

Les migrants ces jours-ci essaient surtout d'échapper à l'entonnoir libyen, où ils sont exposés à la fois aux exactions des bandes qui les retiennent et aux violences de la guerre. N'est-ce pas précisément l'Europe qui, en sous-traitant à la Libye la mission de faire barrage aux migrants venus du Sud, a laissé advenir le piège dans lequel ils tombent?

Je comprends ce point de vue, et j'entends bien cette question. Mais il faut savoir que nous sommes, face à la Libye, confrontés à une situation nouvelle: la guerre. Ce conflit longtemps larvé est devenu, en effet, une véritable guerre civile, du fait d'un belligérant de plus en plus offensif et qui n'hésite plus à employer les armes lourdes qui lui sont livrées en quantités croissantes. Les Nations unies elles-mêmes ont été surprises par cette escalade. C'est une situation où la question des migrants devient de plus en plus difficile à gérer, au moment même où plus que jamais ils sont besoin de notre aide.

Quelle était l'approche de l'Europe à un moment où cette situation pouvait paraître «gérable» encore?

En 2017 avait été convenue la mobilisation de 500 garde-côtes libyens, des hommes dûment formés sur le plan technique et dotés d'un certain bagage en matière d'Etat de droit et de respect des droits de l'Homme. Au final, 185 personnes de ce type ont été en action. Puis le conflit en Libye s'est envenimé et des «garde-côtes» ont profité du chaos, prenant l'habitude de faire un «tri» parmi les migrants qu'ils recueillaient. Pour le dire clairement, ces gens sont devenus des marchands d'esclaves, et les migrants tombés entre leurs mains sont violentés, abusés, vendus ou placés en camps militaires.

Que faire?

Exiger que soient fermés les camps de rétention, trop nombreux et largement incontrôlables. Et les remplacer par un nombre limité de structures sous contrôle de l'UNHCR.

Sommes-nous face à une nouvelle crise migratoire?

C'est ce que Matteo Salvini voudrait faire croire, à l'Europe tout entière. Mais non. Nous sommes face à un problème dramatique certes, mais pas devant une nouvelle flambée de celui-ci. En aucun cas il ne peut être question d'«invasion».

40th anniversary
PORTE OUVERTE
WSA
Warehouses Service Agency

D'WSA feiert 40 Joer

Dofir organiséiere Mir eng Porte Ouverte,
Samschdeg den 13. Juli 2019 vun 11.30 bis 16.30 Auer
am Militärlager op 19 rue Uerschterhaff L-4498 Sanem, den Parking ass beschëltert.

Kommt an entdeckt d'WSA mat enger Visite guidée vum Site an den Installatiounen, Demonstratioune vu spektakuläre Gefierer, Material an Attraktiounen fir Grouss & Kleng. Fir lessen a Gedréns ass gesuergt.